

Heidrun Kämper

## Gewalt-Konzepte der späten 1960er Jahre am Beispiel

### 1 Vorbemerkung

„Die Herrschenden wollen der Bevölkerung mit allen Mitteln einreden, unsere Aktionen seien Terror; um dies zu beweisen, schrecken sie auch vor offenen Lügen nicht zurück. Wir aber erwidern ihnen: Gewalt, das ist die Volksverhetzung der Bild-Zeitung. Gewalt, das ist die Vorbereitung der Notstandsdictatur. Und dagegen nehmen wir das Recht des Geschlagenen in Anspruch, das elementare Recht auf Notwehr und Widerstand.“ (Krahl 1968: 151)

Hans-Jürgen Krahl, Vorstandsmitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, empört sich in seiner Frankfurter Römerberg-Rede vom 27.05.1968, die er anlässlich einer Kundgebung des DGB gehalten hat. Auf dieser Kundgebung wurde gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze demonstriert. Krahl entfaltet hier ein Gewalt-Konzept, das sich auf Staat und Gesellschaft bezieht einerseits (*Volksverhetzung der Bild-Zeitung, Vorbereitung der Notstandsdictatur*), auf Formen des Widerstands gegen dieses als *Gewalt* bezeichnete Handeln andererseits (*Notwehr und Widerstand*). Damit sind die beiden prinzipiellen Gewalt-Dimensionen des politischen Diskurses der späten 1960er Jahre bezeichnet: Der Wirklichkeitsausschnitt ‚Gewalt‘ wird aus unterschiedlichen Perspektiven konstituiert, entsprechend gegensätzlich fallen die Bewertungen aus.<sup>1</sup> Wohl kaum ein anderes Segment des die späten 1960er Jahre prägenden Diskurses ist daher so von Kontroversität der Diskursbeteiligten und von Heterogenität des Diskursgegenstands gekennzeichnet wie dieses.

Das Gewalt-Segment stellt sich als ein Aspekt des Demokratie-Diskurses der späten 1960er Jahre dar, ja *Demokratie* und *Gewalt* sind Ende der 1960er Jahre zwei semantisch aufeinander bezogene Konzepte. Oskar Negt, einer der am Protestdiskurs Beteiligten, weist in Bezug auf die studentische Widerstandsbewegung dem Thema dasselbe Gewicht zu wie dem der Demokratie. „Das Thema ‚Demokratie‘ steht – neben dem der Gewalt – im Mittel-

---

<sup>1</sup> Ingrid Gilcher-Holtey beschreibt insofern Gewalt als „Trumpf in der politischen Auseinandersetzung. Über die Zuschreibung von Gewalt werden politische Kämpfe ausgetragen: Situationen und Ereignisse dramatisiert und skandalisiert, aber auch Abgrenzungen und Ausschließungen vorgenommen.“ (Gilcher-Holtey 2006: 201)

punkt von Aktionen und Ideen, um die 68 gekämpft wird“ (Negt 2001: 135). Diskurs- und konzeptgeschichtlich können wir entsprechend sagen: Das Thema ‚Demokratie‘ steht mit dem Segment ‚Gewalt‘ im Zentrum des Protestdiskurses und die lexikalische Verdichtung dieses Diskurses, *Gewalt*, erfährt dementsprechend spezifische diskurssemantische Ausdeutungen.

Dass nicht nur der Staat, sondern auch die studentische Protestbewegung der späten 1960er Jahre in den Kontext des Gewalt-Diskurses gerückt wird, ist bekannt: Beiträge und Vorträge Ende der 1960er Jahre heißen *Das Problem der Gewalt in der Opposition* (Herbert Marcuse), *Politik und Gewalt* (Oskar Negt), *Probleme der Gewalt und Gegengewalt* (Peter van Spall), *Die Auf-erstehung der Gewalt* (Heinz Grossmann/Oskar Negt), *1967-1969 Gewalt und Gegengewalt* (Klaus Schroeder/Siegward Lönnendonker). Gewaltreflexionen wie diese und ihre diskursive Dichte dokumentieren: Gewalttätiges Handeln gehört nicht zu den revolutionären Gewissheiten der Diskursbeteiligten, die Ausdeutung des Leitworts *Gewalt* steht mithin zur Disposition, und das heißt, das Gewaltkonzept und seine semantische Bestimmung sind Gegenstand eines entsprechenden diskursiven Segments.<sup>2</sup>

Diejenigen, die sich in kritischer Haltung mit der Bundesrepublik und ihrer Gesellschaft politisch auseinandersetzen, lassen sich nach zwei Hauptgruppen unterscheiden, die der intellektuellen und die der studentischen Linken. Sie führen einen agonalen Diskurs um ein Konzept von Gewalt, das die studentische Linke legitimiert als einen Aspekt von praktizierter radikaler Demokratie, das die intellektuelle Linke im Gegenteil als ihrem Demokratiekonzept widersprechend versteht. Das Thema Gewalt, das Konzept GEWALT und das Leitwort *Gewalt* zieht mithin eine Trennlinie der Diskursbeteiligten und ihrer prinzipiellen Positionen – bei aller sonstigen politischen Nähe:

„Nicht wenige meiner Impulse sind denen der Jugend in der Gegenwart verwandt, Sehnsucht nach dem Besseren, nach der richtigen Gesellschaft, mangelnde Anpassung an das Bestehende. Auch teile ich die Bedenken gegen die Bildungsarbeit an Schulen, Hochschulen und Universitäten. Der Unterschied betrifft das Verhältnis zur Gewalt, die in ihrer Ohnmacht den Gegnern gelegen kommt. Offen zu sagen, die fragwürdige Demokratie sei bei allen Mängeln immer noch besser als die Diktatur, die ein Umsturz heute

<sup>2</sup> Der folgende Beitrag steht im Kontext eines von der DFG geförderten Forschungsprojekts, dessen Ergebnisse als ‚Aspekte des Demokratiediskurses der späten 1960er Jahre‘ dargestellt sind (Kämper 2012). Der Fokus des Erkenntnisinteresses dieser Studie ist auf den Beitrag des kritischen Diskurses der späten 1960er Jahre zur sprachlichen Demokratieggeschichte des 20. Jahrhunderts gerichtet, genauer: auf die Fundierung eines konsequenten Demokratiekonzepts durch die Kritische Theorie, auf die Rezeption (Aneignung und Radikalisierung) dieses Konzepts durch die studentische Linke, sowie auf die diskursiv repräsentierte Kommentierung dieser Rezeption durch die intellektuelle Linke.

bewirken müßte, scheint mir jedoch um der Wahrheit willen notwendig zu sein.“ (Horkheimer 1968: 349)

Der folgende Beitrag thematisiert einen Gewaltaspekt aus der Innenperspektive der studentischen Beteiligten, der politisierten Aktivisten in den späten 1960er Jahren. Mit dieser Perspektive beziehe ich mich also nicht auf Gewalt-Konzepte, die die Gewalt der Anderen kommentieren oder bewerten – also nicht auf die Perspektive der Medien und deren Konzeptualisierung von Widerstandshandlungen der Protestbewegung. Sondern wir rekonstruieren Gewalt-Konzepte derjenigen, die über ihre Anwendung als Praxis oder als Option eigenen legitimen politischen Handelns reflektieren – auf die Konzeption der studentischen Beteiligten m. a. W.

Damit geht es also auch nicht um medial etablierte metaphorische Gewalt-Konzepte, sondern um solche, die vielmehr mit der Gewalt der Medien das eigene widerständige Handeln begründen.

## 2 Zugang

Das Erkenntnisziel der Untersuchung steht im Kontext des Zusammenhangs von Sprache und Gesellschaft und der diskursiven Repräsentation dieses Verhältnisses. In diesem Sinn ist die folgende Untersuchung diskursanalytisch angelegt, d. h. ihr liegt ein Korpus themenkohärenter Texte der wesentlich am Diskurs beteiligten studentischen Gruppierung zugrunde.<sup>3</sup>

Themenkohärent bedeutet: Die Texte thematisieren einen Gegenstand, in unserem Fall den Gegenstand GEWALT, dominant und seriell. Die Diskursbeteiligten, die Vermittlungsinstanzen zwischen Sprache und Wissen, sind in unserem Fall die am Diskurs der späten 1960er Jahre wesentlich beteiligten studentischen Linken. Eine Relation zwischen den Diskursbeteiligten und der sprachlichen Konstitution des Diskursthemas besteht insofern, als die Perspektivengebundenheit der Diskursbeteiligten weltbild- und einstellungsprägend ist.<sup>4</sup>

Gegenstand der Untersuchung ist die diskursive Bedeutungskonstituierung des im Protestdiskurs der späten 1960er Jahre zentralen Konzepts GEWALT aus der Perspektive der studentischen Akteure. Wir verstehen unter Konzepten komplexe mentale Strukturen, die in Hierarchien bzw. Netzen Bedeutungswissen strukturieren. Insofern ist ein Konzept ein, einen Bedeu-

<sup>3</sup> Zur Theorie und Methode des Zugangs vgl. ausführlich Kämper (2012: Kap. 3, 19 ff.).

<sup>4</sup> In diesem Sinn konstituieren Warnke/Spitzmüller Diskursgemeinschaften als „Gruppierungen, die innerhalb des Diskurses mehr oder weniger ähnlichen diskursiven Praktiken verpflichtet sind bzw. sich als Kollektiv zu erkennen geben“. Sie seien als „dynamisch vernetzte Gebilde“ zu verstehen sowie als „Resultate (gleichermaßen dynamischer) Identitätszuschreibungen ..., deren sprachliche Aushandlung soziolinguistisch beschrieben werden kann“ (Warnke/Spitzmüller 2008: 34).

tungszusammenhang stiftendes netzartiges und/oder hierarchisches mentales Gebilde. Es wird lexikalisch-semantic repräsentiert, verweist also auf Wortkörper, bündelt Bedeutungen, ist also eine semantische Sammelkategorie, die lexikalisch komplex repräsentierte Bedeutungsaspekte integriert, und ist Ergebnis von Kontextualisierungen (vgl. Leinfellner 1992, Aitchison 1997, Langacker 1997, Schwarz 2008). Bedeutungskonstitution (meaning construction)<sup>5</sup> als kontextbestimmte diskursive Konzeptualisierung (conceptualization) ist die Leitidee dieser Analyseperspektive.<sup>6</sup>

Wir beschreiben die Bedeutungskonstitution von GEWALT im Zeichen offener und geschlossener Semantik. Offene Semantik meint: Ausdrucksprinzip ist Ambiguität und Vagheit. Geschlossene Semantik meint: Ausdrucksprinzip ist Eindeutigkeit. Diese Beschreibung rekonstruiert zunächst eine konzeptuelle Klimax, nachgewiesen im Sinn von Stationen einer Konzeptgenese. Eine funktionale Bewertung der Befunde im Sinn einer Selbstlegitimierung schließt sich an. In der abschließenden Zusammenfassung verdichten wir das Gewaltkonzept der studentischen Linken hinsichtlich seiner semantischen Struktur.

### 3 Konzeptklimax

Unsere Ausgangsthese lautet: GEWALT im politischen Diskurs der studentischen Protestbeteiligten ist ein komplexes Konzept, das sich im Sinn einer semantischen Klimax darstellen lässt. Diese Klimax reicht von der Problematisierung gewaltlosen Widerstands über das Konzept der reaktiven Gewalt bis zum offenen Aufruf zu Gewalt. Das zeitliche Kontinuum dieser semantischen Klimax bildet die Zeit zwischen dem 02.06.1967 (Tod Ohnesorgs) und dem 04.11.1968 („Schlacht am Tegeler Weg“). In dieser Phase lassen sich vier Stationen der Gewaltkonzipierung unterscheiden – exemplarisch nachweisbar in zentralen Texten der Akteure.

#### 3.1 Erste Station: *unbewaffnete Leiber*

„Unsere Gewalt gegen die unmenschliche Staatsmaschine, gegen die Manipulationsinstrumente ist die organisierte Verweigerung. Wir stellen uns mit unseren unbewaffneten Leibern, mit unserem ausgebildeten Verstand den unmenschlichsten Teilen der Maschinerie entgegen, machen die Spielregeln nicht mehr mit, greifen vielmehr bewußt und direkt in unsere eigene Geschichte ein, werden die Räder der Vorurteile, Halbwahrheiten und Mordberichte zum Stillstand bringen“ (Dutschke 1967: 258).

<sup>5</sup> “Meaning construction is an on-line mental activity whereby speech participants create meanings in every communicative act on the basis of underspecified linguistic units.” (Radden et al. 2007b: 3)

<sup>6</sup> Vgl. dazu u. a. Nuyts (1999), Hübler (2001), Radden et al. (2007a).

Insofern *Gewalt* eine Handlung bezeichnet, lassen sich die in diesem Zitat benannten Handlungsbezeichnungen *organisierte Verweigerung* und *machen die Spielregeln nicht mehr mit* sozusagen als Synonyme von *Gewalt* verstehen, so wie es Dutschke ja auch in der Gleichung *unsere Gewalt ist ...* ausdrückt. Diese Selbstzuweisung der Rolle ‚unbewaffnete nicht gewalttätige Demonstranten‘ motiviert also dieses Diskurssegment und lässt darauf schließen, dass Gewaltlosigkeit im Jahr 1967 noch ein selbstverständlicher Modus politischen Handelns ist. Es ist das seit Mitte des 19. Jahrhunderts bekannte Modell des zivilen Ungehorsams (civil disobedience) des US-Amerikaners Henry David Thoreau, das Dutschke unter sein Konzept der Gewaltlosigkeit fasst. Was auffällt, ist die fehlende Bereitschaft, Gewalt explizit und eindeutig abzulehnen, die Kategorie *Gewalt* zu vermeiden. Stattdessen fasst man die semantische Extension so weit wie möglich, bedacht darauf, dieses Reizwort – genauer: seine Ausdrucksseite – zu bewahren, als wolle man unter allen Umständen vermeiden, durch den Gebrauch entsprechenden Vokabulars, den Eindruck einer irenischen Haltung hervorzurufen. Die Kategorie der offenen Semantik meint in diesem Kontext: Es bleibt semantisch ambig, wie Formeln wie *greifen bewußt in unsere Geschichte ein* oder *machen die Spielregeln nicht mehr mit* zu deuten sind.

### 3.2 Zweite Station: *Propaganda der Tat*

Wenn der tabubrechende Gewaltdiskurs einen datierbaren Beginn hat, dann ist dies der 05.09.1967. In dem so genannten Organisationsreferat, das Rudi Dutschke gemeinsam mit Hans-Jürgen Krahle verfasst hatte und das Dutschke an diesem Tag in der Frankfurter Mensa vorträgt, rufen die Autoren zur *Propaganda der Tat* auf, eine Parallelbildung zu der Formel *Propaganda der Schüsse*, die Che Guevara geprägt hat und mit der er sich auf die Befreiungskämpfe der Dritten Welt bezieht. *Unbewaffnete Leiber* als Symbol für Gewaltlosigkeit wird also hier ersetzt durch die Formel *Propaganda der Tat*:

„Die ‚Propaganda der Schüsse‘ (Che) in der ‚Dritten Welt‘ muß durch die ‚Propaganda der Tat‘ in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit geschichtlich möglich macht. Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthiniger Irregularität als Destruktion des Systems der repressiven Institutionen.“ (Dutschke/Krahle 1967: 290)

Die Parallelisierung, die einen Gegensatz zwischen *Schüsse* und *Tat* suggerieren soll, und damit zwischen Gewalttätigkeit und Gewaltlosigkeit, ist eine Legitimationshandlung, denn der entscheidende Ausdruck ist *vervollständigen*. Insofern ist diese obskure Proposition mit Gewalt bezeichnenden Ausdrücken instrumentiert: Mit *irreguläre Aktionen*, *Irregularität* und *Destruktion des Systems der repressiven Institutionen* referieren die Autoren auf widerständisches Handeln, das mit *Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit* eine ebenso

dunkle wie abwegige Verdichtung erfährt – Camouflage durch extensiven Gebrauch exklusiver Fremdwörter heißt hier das Prinzip einer Semantik, die nicht mehr offen ist, einer Extension, deren Fokus schmaler wird – Gewalt gerät zu einem Element des Widerstands, das nicht mehr verneint wird, *Gewalt* wird als auf eigenes widerständisches Handeln referierender Ausdruck enttabuisiert. Insofern kommt dieser Text „einer Legitimation potentiell terroristischer Gewalt“ nicht nur „bedenklich nahe“ (Klimke 2007: 130), sondern überschreitet die Grenze.

### 3.3 Dritte Station: Vom Protest zum Widerstand

Die Semantik schließt sich weiter mit der berühmten und viel verwendeten Formel *vom Protest zum Widerstand* (Titel eines Aufsatzes von Ulrike Meinhof vom April 1968) – etwaige Ambitionen gewaltfreien politischen Handelns werden hier endgültig verabschiedet: *Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, dass das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht* (Meinhof 1968). Gewalt bedeutet auch hier die Überschreitung der Grenze, die zwischen verbalem Protest und physischem Widerstand verläuft, Gewalt also entspricht hier einem Konzept physischen Widerstands und legitimen Ausdrucks politischen Protests.

„Steine sind geflogen, die Fensterscheiben vom Springerhochhaus in Berlin sind zu Bruch gegangen, Autos haben gebrannt, Wasserwerfer sind besetzt worden, eine BILD-Redaktion ist demoliert worden, Reifen sind zerstochen worden, der Verkehr ist stillgelegt worden, Bauwagen wurden umgeworfen, Polizeiketten durchbrochen.“ (Meinhof 1968)

Verschlüsselung, Euphemisierung und Implizitheit sind keine sprachlichen Strategien mehr, mit denen man Gewaltaffirmationen unsichtbar zu machen sucht.

### 3.4 Vierte Station: neue Phase der Militanz

Schließlich die sog. „Schlacht am Tegeler Weg“ vom 04.11.1968, die die Beteiligten selbst als endgültigen Tabubruch verstehen. 130 Polizisten wurden z. T. schwer verletzt und man hat den Ausgang als Sieg über die Polizei gefeiert.

In einer Diskussion, die am 6. Dezember im Republikanischen Club in Berlin stattfand, hat man diese *Aktion am Tegeler Weg, vom Tegeler Weg, vor dem Landgericht, diese Tegeler-Weg-Aktion oder Landgerichtsaktion* unter dem Zeichen von GEWALT problematisiert: Was ist das Gewalt repräsentierende Moment dieser Demonstration, inwiefern hat man mit ihr eine *neue Phase der Militanz* erreicht? Es ist die Tatsache, dass Steine, statt der ursprünglich geplanten Farbeier flogen. Es sei die Eigendynamik, die die Demonstration in ihrem Verlauf erhalten habe (*in der Tat ist das Werfen von Steinen nur zu erklä-*

ren aus dem Verlauf der Aktion selbst) und die zu dieser Eskalation führte: mit dem gewaltsamen Widerstand [ist] eine neue Qualität erreicht worden. Diese Situationsanalyse hebt man ins Grundsätzliche, sucht die Legitimation theoriebeflissen mit der Marxschen Kategorie emanzipatorischer Gewalt,<sup>7</sup> problematisiert den Mechanismus höheren Gegendrucks bei gesteigertem Druck,<sup>8</sup> um schließlich mit dem Argument Tabubruch die Anwendung von Gewalt, zu der man sich nunmehr explizit und ohne versuchte Camouflage bekennt, zu rechtfertigen. Legitimationsgrund ist wie stets die staatliche Gewaltanwendung, aus der man, das staatsrechtlich legitimierte besondere Gewaltmonopol ignorierend, ein eigenes Recht zur Gewalt ableitet. In diesem Sinn argumentiert der an der Diskussion teilnehmende Johannes Agnoli:

„was wir in Deutschland wieder zerschlagen müssen: Nämlich der [!] Gedanke, daß nur die staatliche Gewaltanwendung legitim ist. Wir dürfen nicht vergessen, dass am Tegeler Weg einer [!] der interessantesten und schwerwiegendsten deutschen Tabus gebrochen wurde, daß nämlich Demonstranten in Deutschland nie militant werden dürfen gegen die Polizei.“

Im weiteren Verlauf führt Agnoli dieses Argumentationsmuster weiter aus:

„im Bewusstsein der Öffentlichkeit in Deutschland wie in den Forderungen der Politiker ... verbietet sich die Methode der Gewalt nur für die Außerparlamentarische Opposition, für den demokratischen Protest, auf alle Fälle für sozialistische Umwälzungsversuche. Sie versteht sich aber von selbst für die Polizei, für die Richter, die unverhältnismäßig hohe Strafen willkürlich verhängen – oder für Ordnungsbürger, die neuerdings die Anweisung zur Gewalt sogar als Verfassungstext unter dem Arm tragen dürfen.“ (Über Demonstration und Gewalt 1968)

Damit spielt Agnoli auf den Artikel 20 der Notstandsgesetze an. Der diesem Artikel neu hinzugefügte Absatz, der das Widerstandsrecht regelt,<sup>9</sup> wird als Aufforderung „zu Pogrom und Terror“ (Weigt 1968: 42) verstanden. Agnoli schließt mit dem Bild: *Es ist schlicht die Infamie der konstituierten Ordnung zu*

<sup>7</sup> „[...] wir [müßten] schon darüber diskutieren [...], ob nicht in ganz kleinem Raum und in einer ganz kleinen Aktion, die nur erste Ansätze zum gewaltsamen Widerstand gezeigt hat, ob nicht da diese [von Marx beschriebenen] emanzipatorischen Ansätze von Gewalt realisiert worden sind.“ (Über Demonstration und Gewalt 1968)

<sup>8</sup> „Wenn wir meinen, daß wir die Formen der gewaltsamen Aktionen steigern können, so müssen wir uns darüber im klaren sein, daß dann auch eine Eskalation der Repression eintreten wird. [...] Dann werden die Leute [...] für ein oder mehrere Jahre im Gefängnis sitzen, und dann ist einfach der Ofen aus.“ (Über Demonstration und Gewalt 1968)

<sup>9</sup> Die neue Bestimmung lautet: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ (17. Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968, verkündet am 27. Juni 1968 [„Notstandsgesetze“])

nennen, dass sie mit der Feuerwaffe in der Hand ihre Gegner zur Gewaltlosigkeit auffordert (Über Demonstration und Gewalt 1968).

Diese Diskussion vom Ende des Jahres 1968 repräsentiert einen diskursiven Meilenstein. Sie markiert das Ende der konzeptuellen Entwicklung von anfänglicher Tabuisierung unter dem Zeichen von Gewaltlosigkeit über die Relativierung bezüglich Gewalt gegen Sachen hin zur Brechung des Tabus mit dem Argument legitimer Gewaltanwendung.

Wir haben die Konzeptualisierung von GEWALT durch die studentische Linke als einen Prozess rekonstruiert, der von einer offenen zu einer geschlossenen Semantik verläuft, von semantischer Ambiguität zu semantischer Eindeutigkeit. ‚Offene Semantik‘ ist die sprachlich-konzeptuelle Entsprechung der Handlungspraxis der studentischen Linken, die sich „im Grenzbereich von Legalität und Illegalität“ bewegte (Gilcher-Holtey 2006: 212) – Aufruf bzw. Propagierung von Gewalt bedeutet so gesehen natürlich die Überschreitung der Grenze zur Illegalität und damit die Vereindeutigung, also die Schließung des studentischen Gewaltkonzepts.

#### 4 Funktion: Selbstlegitimierung

Die Haltung, mit der die studentische Linke über ihre mehr oder weniger gewalttätigen Protest- und Widerstandsformen spricht, ist die der Selbstlegitimierung. Die sich hier manifestierende binäre Weltsicht, die lediglich die Zustände *mächtig* oder *schwach* kennt und daraus *unrecht* und *recht* ableitet, ist die Einstellungsgrundlage, auf der die studentische Linke der späten 1960er Jahre den Wirklichkeitsausschnitt GEWALT und das semantische Konzept *Gewalt* selbstlegitimierend konstituiert. Diese Selbstlegitimierung realisieren die Akteure mit folgenden Mustern:

Argumentationsfolie ist erstens der moralische Anspruch, im Recht zu sein, gestützt von dem Anspruch verfassungsrechtlich legitimer Handlungen etwa einer Meinungsäußerung. Das Gewaltkonzept der studentischen Linken scheint – aus ihrer Perspektive – zuallererst ein moralisch motiviertes Konzept zu sein. Moral trägt die Bewegung.<sup>10</sup> Mit dieser Legitimation verschafft sie sich das Widerstandspotenzial, das sie benötigt, um ihre selbstgestellte Aufgabe, die sie *massenhafte Aufklärung* nennt, erfül-

<sup>10</sup> Exemplarisch die Aussage von Detlef Claussen: „Um der Kompromißlosigkeit der staatlichen und inneruniversitären Gewalten nicht weichen zu müssen, so hat sich gezeigt, muß zu dem ersten konstitutiven Element der plebiszitären Diskussion ein zweites hinzutreten, auf das Oskar Negt hingewiesen hat: eine kompromißlose Moral. Wenn es heute Mode geworden ist, den Studenten Eskapismus vorzuwerfen, muß man darauf antworten, daß ohne diese Moral, die sich an den heroischen Kämpfen der Guerrilleros in der Dritten Welt orientiert, es zu den Massenmobilisierungen nach dem Mordversuch an Rudi Dutschke und zum Kampf gegen die Notstandsgesetze gar nicht gekommen wäre.“ (Claussen 1968: 8)



len, vor allem aber, um dem als übermächtig und gewaltbereit verstandenen Staat Widerstand leisten zu können:

„Die radikalen Aktionen schaffen erst die Basis massenhafter Aufklärung. Unbewaffnet einer hocharmierten Staatsgewalt gegenüberzustehen - ohne eine rigorose Moral würde der Protest schnell zusammenbrechen! Die kompromißlose Moral erweist sich als die Keimzelle des Widerstands für Studenten und Schüler.“ (Claussen 1968: 8)

Es ist diese Selbsteinschätzung, die die Bewertungsgrundlage bildet, wenn es gilt, den Gewaltvorwurf abzuwehren oder auch sich zu Gewalt zu entschließen. Mit dem Anspruch einer *kompromißlosen Moral* als Handlungsmotiv entlastet man sich und legitimiert widerständisches Handeln, mit diesem Anspruch scheint das Gewaltkonzept im Sinn von ‚konkrete physische Gewalt‘ approbiert. Das Konzept der strukturellen, manifesten oder latenten Gewalt des Staates stützt dieses Legitimationskonstrukt. Insofern ist man durchaus überzeugt von der potenziellen bzw. situationellen Notwendigkeit revolutionärer Gewalt. Der agonale Diskurs um Gewalt als legitimes Mittel des politischen Kampfes findet auf der Folie einer Legitimität schaffenden bzw. Legitimität absprechenden Interpretation statt: Wann ist Gewalt revolutionär und also legitim? Ihre ethische Selbstgewissheit fördert die studentische Linke in diesem Zusammenhang sprachlich mit Legitimationsformeln, die auf die Wirkung semantischer Musterbrüche setzt: Sie argumentiert mit *Gewalt fordernden Momenten als emanzipatorische Praxis* und unterscheidet die illegitime Gewalt des Staates und der Gesellschaft - die sie *reaktionäre Gewalt, unterdrückende Gewalt, Gewalt der Aggression* nennt - von der legitimen Gewalt des politischen Widerstands - die sie *progressive Gewalt* (Negt 1968: 20), *revolutionäre, befreiende Gewalt* (Untergang der BILD-Zeitung 1968: 41) nennt.

Verstärkt wird diese Binarität zweitens durch Auto- und Heterostereotype, die ein David-und-Goliath-Muster realisieren - schwach und stark, wehrlos und bewaffnet, gewaltlos und gewaltbereit: *die Macht einer relativ kleinen Gruppe kann sich nur in der Form der Gewaltlosigkeit äußern. Das schließt Gegengewalt gegen technische Werkzeuge, z.B. Wasserwerfer, nicht aus.* (Weigt 1968: 20)

Eine weitere lexikalische Verdichtung erfährt diese semantische Strategie der Selbstlegitimierung drittens mit dem zentralen Leitwort *Gegengewalt*. Insbesondere der, moralisch entlastende, Topos der Gegengewalt repräsentiert die Vorstellung eines Reiz-Reaktions-Mechanismus: *Gegengewalt* wird semantisch repräsentiert zum einen durch die Zuschreibung des schlecht bewerteten Gewaltbegriffs unbegründeter und unerlaubter Aggression, wenn der Staat als Akteur erscheint - diese Gewalt ist immer initiativ; zum anderen durch die Zuschreibung des gut bewerteten Gewaltbegriffs der legitimierten herausgeforderten Gegengewalt, wenn eigenes politisches

Handeln den Gegenstand der Aussage darstellt – diese Gewalt ist immer reaktiv, in der Formulierung des ‚Revolutionslexikons‘:

„jeder nicht ins System integrierten Opposition wie der APO [stellt sich] die Frage der Gewalt, denn ihre Aktionen treffen notwendig auf die Staatsmacht. Insofern versteht die APO ihre Maßnahmen als Gegengewalt gegen die etablierten Herrschaftsmächte (Establishment), zu denen z.B. auch das vom Springer-Konzern ausgeübte Meinungsmonopol gehört. Gegengewalt kann aber nach allen bisherigen verantwortlichen Äußerungen von Seiten der APO nur gegen Sachen, nicht gegen Personen angewendet werden.“ (Weigt 1968: 20 f.)

## 5 Zusammenfassung

Die studentische Linke belegt Formen politischen Handelns semantisch-diskursiv mit dem Ziel der Legitimierung von widerständischen verbalen und auch jeglichen nonverbalen Praktiken. Insofern das Gewalt-Segment im Kontext des Demokratie-Diskurses realisiert wird, versucht die studentische Linke Demokratie als ein Modell aktiver Teilhabe zu etablieren. GEWALT thematisiert die studentische Linke (in einer spezifischen, semantisch offenen Ausdeutung) als legitime Strategie widerständischen demokratischen Handelns. So wird der Handlungsmodus GEWALT von der studentischen Linken als demokratische Option diskursiv etabliert.

Unter Einbeziehung der auf Staat und Gesellschaft bezogenen Dimension (auf die wir nicht eingegangen sind) können wir als dichotome Konzeptstruktur festhalten: *Gewalt* beziehen die hoch politisierten studentischen Diskursbeteiligten der späten 1960er Jahre zum einen auf den Staat und sein Handeln. Sie bezeichnen in dieser Lesart kalkuliert diffus die Eigenschaft der Staatsmacht im Sinn von ‚Aggression, unberechtigter körperlicher und seelischer Zwang, mutwillige Gefährdung bzw. Verletzung von Leib und Leben‘.<sup>11</sup> *Gewalt* wird in diesem Sinn auch als überstaatliches Phänomen verstanden im Sinn von ‚Aggressivität der Gesellschaft und ihrer Institutionen, insbesondere der Medien; Unmenschlichkeit des Systems; Zwang und Druck ausübende Bürokratie; Repression‘.

Dieser das staatliche und gesellschaftliche Handeln delegitimierenden Lesart stellen die studentischen Diskursbeteiligten gegenüber die auf ihr eigenes Handeln bezogene Lesart ‚aktives widerständisches Handeln zum mehr oder weniger aggressiven Ausdruck von Protest‘. Insbesondere bezeichnen sie damit als legitim konzipierte Widerstandsformen der Unterdrückten und Benachteiligten mit dem Ziel grundlegender gesellschaftlicher

<sup>11</sup> „Alle bisherigen menschlichen Gesellschaften beruhen in mehr oder weniger großem Maße auf Gewalt. Staat als Herrschaftsinstrument und Ordnungsmacht kann letzten Endes nur mit Hilfe von Justiz, Polizei und Militär existieren.“ (Weigt 1968: 20)

Veränderungen, oder, vor allem mit der Zusammensetzung *Gegengewalt* ‚von der Gegenseite herausgeforderte, den Akteuren aufgezwungene Form widerständischer, protestierender Akte‘.<sup>12</sup>

## 6 Bibliographie

### 6.1 Quellenverzeichnis

- Claussen, D., 1968. Einleitung. In: Claussen, D./Dermitzel, R. (Hg.), 1968, 7–20.
- Claussen, D./Dermitzel, R. (Hg.), 1968. *Universität und Widerstand. Versuch einer Politischen Universität in Frankfurt*. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Dutschke, R., 1967. Zum Verhältnis von Organisation und Emanzipationsbewegung – Zum Besuch Herbert Marcuses. In: Kraushaar, W. (Hg.), 2003, 255–260.
- Dutschke, R./Krahl, H.-J., 1967. Organisationsreferat auf der XXII. Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. In: Kraushaar, W. (Hg.), 2003, 287–290.
- Horkheimer, M., 1968. Vorwort zur Neupublikation seiner Aufsätze aus der „Zeitschrift für Sozialforschung“. In: Kraushaar, W. (Hg.), 2003, 348–350.
- Krahl, H.-J., 1968. Römerbergrede. In: Krahl, H.-J., 1971, 149–154.
- Krahl, H.-J., 1971. *Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution*. 3. Aufl. 1977. Frankfurt a. M.: Neue Kritik.
- Kraushaar, W. (Hg.), 2003. *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946 bis 1995*. Band 1 bis 3. Hamburg: Hamburger Edition Digital.
- Meinhof, U., 1968. *Vom Protest zum Widerstand*. Verfügbar unter: [www.ruhr-uni-bochum.de/bsz/516/516meinhoff.htm](http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz/516/516meinhoff.htm).
- Negt, O., 1968. Politik und Gewalt. In: *neue kritik* 47, 10–23.
- Über Demonstration und Gewalt, 1968. Republikanischer Club. Diskussion. In: Extra-Dienst vom 11. und 14.12.1968. Verfügbar unter: [www.infopartisan.net/archive/1967/266799.html](http://www.infopartisan.net/archive/1967/266799.html).
- Untergang der Bild-Zeitung, 1968. SDS-Autorenkollektiv/Springer-Arbeitskreis der KU: Der Untergang der Bild-Zeitung. O. O., o. J.
- Weigt, P., 1968. *Revolutionslexikon: Handbuch der Außerparlamentarischen Aktion*. Frankfurt a. M.: Bärmeier & Nikel.

### 6.2 Literaturverzeichnis

- Aitchison, J., 1997. *Wörter im Kopf. Eine Einführung in das mentale Lexikon*. Tübingen: Niemeyer.

---

<sup>12</sup> Die lexikalisch-semanticen Ergebnisse der Studie zum Demokratisierungsdiskurs der späten 1960er Jahre sind in einem Diskurswörterbuch dargestellt, das online zugänglich ist (vgl. Protestdiskurs: <http://www.owid.de/wb/disk68/start.html>). Die oben formulierte komprimierte Konzeptdarstellung ist eine Zusammenfassung des Artikels *Gewalt* in diesem Diskurswörterbuch (vgl. Artikel *Gewalt*: <http://www.owid.de/artikel/402057?module=disk68&pos=3>).

- Artikel *Gewalt*. Verfügbar unter: <http://www.owid.de/artikel/402057?module=disk68&pos=3>.
- Gilcher-Holtey, I., 2006. Transformation durch Subversion: Die Neue Linke und die Gewaltfrage. In: Anders, F./Gilcher-Holtey, I. (Hg.), 2006. *Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols. Recht und politisch motivierte Gewalt am Ende des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt a. M., New York: Campus, 198–220.
- Hübler, A., 2001. *Das Konzept „Körper“ in den Sprach- und Kommunikationswissenschaften*. Tübingen: Francke.
- Kämper, H., 2012. *Aspekte des Demokratiediskurses der späten 1960er Jahre. Konstellationen – Kontexte – Konzepte*. Berlin, Boston: de Gruyter (= Studia Linguistica Germanica 107).
- Klimke, M., 2007. Sit-in, Teach-in, Go-in: Zur transnationalen Zirkulation kultureller Praktiken in den 1960er Jahren. In: Klimke, M./Scharloth, J. (Hg.), 2007, 119–133.
- Klimke, M./Scharloth, J. (Hg.), 2007. 1968. *Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*. Stuttgart, Weimar: Metzler.
- Langacker, R., 1997. The contextual basis of cognitive semantics. In: Nuyts, J./Pederson, E. (eds.), 1997, 229–252.
- Leinfellner, E., 1992. *Semantische Netze und Textzusammenhang*. Frankfurt a. M.: Lang.
- Negt, O., 2001. *Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht*. Göttingen: Steidl.
- Nuyts, J./Pederson, E. (eds.), 1997. *Language and conceptualization*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Protestdiskurs. Verfügbar unter: <http://www.owid.de/wb/disk68/start.html>.
- Radden, G./Köpcke, K.-M./Berg, T./Siemund, P. (eds.), 2007a. *Aspects of Meaning Construction*. Amsterdam: Benjamins.
- Radden, G./Köpcke, K.-M./Berg, T./Siemund, P., 2007b. The construction of meaning in language. In: Radden, G./Köpcke, K.-M./Berg, T./Siemund, P. (eds.), 2007a, 1–15.
- Schwarz, M., 2008. *Einführung in die Kognitive Linguistik. Dritte, vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage*. Tübingen, Basel: Francke (= UTB 1636).
- Warnke, I./Spitzmüller, J. (Hg.), 2008. *Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene*. Berlin, New York: de Gruyter.